

atomstopp

atomkraftfrei leben!

4. Quartal 2016, 41. Jahrgang, Nr. 223

**Atomkraft in Europa
Eine Übersicht**





Die Reaktorkatastrophe von Fukushima jährte sich heuer zum fünften Mal, jene von Tschernobyl zum dreißigsten Mal. In Japan stehen von 43 Atomreaktoren 41 immer noch still – wegen umfassender Sicherheitsüberprüfungen. Die Reaktorkatastrophe in Japan ist nicht bewältigt, ebenso wenig der Super-GAU von Tschernobyl. Auch 30 Jahre danach kämpfen tagtäglich hunderte Arbeiter mit Sicherheitsmaßnahmen beim zerstörten Reaktorblock IV in Tschernobyl. Das Titelblatt zeigt die ehemalige Steuerungszentrale im Reaktorblock IV von Tschernobyl und verdeutlicht die zerstörerische Kraft der Atomenergie.

Machen Sie sich in diesem atomstopp ein Bild, was die Atomkatastrophe für die dortige Bevölkerung bedeutet.

2011 – im Jahr des Mehrfach-Super-GAU von Fukushima wurde eine atomstopp_Ausgabe der Atomkraft in Europa gewidmet. Zeit also zu schauen, ob die Einschätzungen von damals richtig waren, ob und welche Überraschungen es gegeben hat und wie der weitere Atomkurs Europas ausschaut.

Dass Atomkraft unnötig ist und teuer, ist mittlerweile nicht mehr zu verbergen: Die Strompreise sind seit Jahren auf Talfahrt und werden es auch auf Jahre hinaus bleiben. Das Stromangebot in Europa ist größer denn je, und Investitionen in Atomenergie sind ein wirtschaftlicher Irrsinn. Ohne Atomsubventionen, ohne „interessante“ Finanzierungsstrukturen kann in Europa

kein Atomkraftwerk neu gebaut werden.

Damit taucht ein neues, gefährliches Problem auf: Weil sich der Neubau von Atomkraftwerken nicht rechnet, versuchen die Betreiber die Laufzeiten weit jenseits der bewilligten Lizenzen auszudehnen. Und oft gelingt ihnen das auch ohne großes Aufsehen, ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, wie das etwa die ESPOO-Konvention zur Umweltprüfung über grenzüberschreitende Umweltauswirkungen eigentlich vorsehen würde.

Besonderes Augenmerk soll in dieser atomstopp_Ausgabe auf Schweden, Tschechien und Belgien gelegt werden. Schweden hat in den letzten Jahrzehnten bemerkenswerte Schwenks gemacht. Tschechien hat leider die Laufzeiten des AKW Dukovany ohne weitere Befristung durchgewunken und Belgien schockiert die Nachbarstaaten mit seinen alternden und sicherheitstechnisch bedenklichen Atomreaktoren.

Ausführlich muss aber in dieser atomstopp_Ausgabe auch die Rolle der EU-Kommission beleuchtet werden, scheint doch gerade die Atomlobby mit der EU-Kommission eine hartnäckige Befürworterin zu finden. Immer wieder als Begründung herhalten darf dabei ja auch der EURATOM-Vertrag – einer der Gründungsverträge der Europäischen Union und klar darauf ausgerichtet, die Atomindustrie zu fördern.

Mit besten Grüßen
Roland Egger

Deutschland	2011: 17 Atomreaktoren	derzeit: 8 Atomreaktoren
Spanien	2011: 8 Atomreaktoren	derzeit: 7 Atomreaktoren
Großbritannien	2011: 18 Atomreaktoren	derzeit: 15 Atomreaktoren

Tschernobyl – 26. April 1986

Chronologie

Am 26. April 1986 kommt es um 1:23 Uhr im Block IV des Atomkraftwerks Tschernobyl in Folge eines Testlaufs zu einer nicht mehr steuerbaren Kettenreaktion und in weiterer Folge zur Explosion, zum Brand des Graphitkerns und zum Austritt der hochradioaktiven Spaltartikel aus dem Reaktorkern. Im verzweifelten Kampf gegen den Brand im explodierten Block des Atomkraftwerks sterben Feuerwehrleute wenige Tage später an der hohen Strahlenbelastung.

Verstrahlte Fläche

Die in der Ukraine, in Weißrussland und Russland auf Dauer unbewohnbaren Gebiete umfassen rund 6.000 km², also die Hälfte des Bundeslandes Oberösterreich. 218.000 km² wurden stark radioaktiv belastet. In diesen Gebieten gibt es nach wie vor behördliche Einschränkungen der Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen.

Die radioaktive Wolke zieht über Skandinavien, später auch über Österreich und weiter Richtung Balkanstaaten. In Oberösterreich wird es 300 Jahre dauern, bis die Strahlenbelastung auf das Niveau wie vor dem Super-GAU von Tschernobyl zurückgeht.

Vertreibung und Absiedelung

Die 50.000 Einwohner-Stadt Prypjat – wenige Kilometer vom Atomkraftwerk Tschernobyl entfernt – wird am 27. April 1986 evakuiert.

In der weiteren Folge werden 300.000 Menschen aus einer Zone 30 km um das Atomkraftwerk Tschernobyl evakuiert.

Es sollte eine Evakuierung ohne Rückkehr werden.

Gesundheitliche Auswirkungen

Laut Internationaler Atomenergiebehörde IAEA sind beim Super-GAU von Tschernobyl 50 Menschen ums Leben gekommen. Andere Organisationen, wie IPPNW (Internationale Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkriegs) sprechen von 4.000 Todesfällen und zigtausenden weiteren Krebsfällen.

Kosten

Vorsichtige Schätzungen gehen von Kosten in Höhe von rund 200 Milliarden Euro aus.

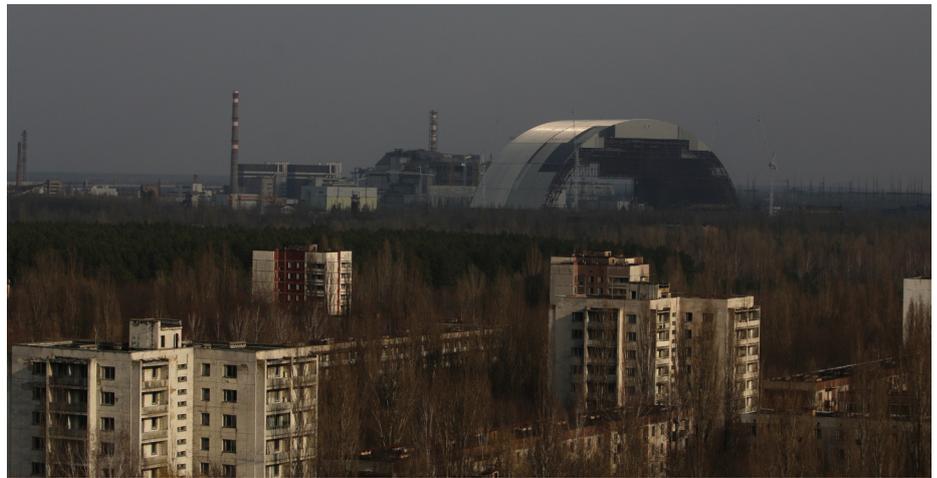
Voraussichtliche Wiederbesiedelung

Unbekannt.

Fotos von Seite 1, 3 und 4:
Harald Steinbichl
(www.roadside-picnic.com)



Bewohnerin Baba Hanna in der Sperrzone von Tschernobyl



Reaktoren von Tschernobyl und Sarkophag von Prypjat aus gesehen



ROADSIDE PICNIC



Kontrollposten rund um das verstrahlte Gelände von Fukushima

Gesundheitliche Auswirkungen

Laut IAEA stehen mit dem Mehrfach-Super-GAU keine Todesfälle in direkter Verbindung. Anders aber die Gesundheitsaussichten: Von den getesteten Arbeitern wurden fast 2000 mit einer Strahlendosis über 100 mSv verstrahlt – ab diesem Wert ist eine direkte Strahlenschädigung nachweisbar. Bis heute gibt es keine epidemiologischen Studien zu den gesundheitlichen Konsequenzen, IPPNW warnt vor rasant ansteigenden Krebsfällen – vor allem bei Kindern. Der psychische Druck für die Betroffenen erhöht die Krankheitsanfälligkeit signifikant. Und auch die Suizidrate.

Kosten

Zwischen 150 und 187 Milliarden Euro – so lautet die vorläufige japanische Schätzung.

Voraussichtliche Wiederbesiedelung

Unbekannt.

Fukushima – 11. März 2011

Chronologie

Am 11. März 2011 um 14:47 Uhr löst ein schweres Erdbeben einen Mehrfach-Super-GAU im japanischen Atomkraftwerk Fukushima Daiichi aus. Vier von sechs Reaktorblöcken werden zerstört, in drei davon kommt es zur Kernschmelze.

Ein nachfolgender Tsunami verschärft die Situation, der Zusammenbruch der Stromversorgung verunmöglicht die Notkühlung der havarierten Reaktorkerne und Abklingbecken. Mehrere Explosionen folgen in den nächsten Tagen, Katastrophenbewältigung und Sicherungsmaßnahmen werden zu einem unüberschaubaren Fiasko für die Betreiberfirma TEPCO.

Verstrahlte Fläche

Etwa 1.100 km² bleiben als Sperrzone zurück, erhöhte Messwerte sind allerdings in weit größeren Gebieten zu verzeichnen. Grundwasser und Pazifik werden seither laufend mit kontaminiertem Wasser belastet. Die Folgen für Landwirtschaft und Fischerei sind für die weitere Zukunft unabsehbar. Das wahre Ausmaß der freigesetzten Strahlendosis sei noch gar nicht zu ermessen, meint die IAEA, die Internationale Atomenergiebehörde in ihrem Bericht 2014.

Vertreibung und Absiedelung

Mindestens 160.000 Menschen müssen evakuiert werden, weniger als ein Viertel davon konnte bisher zurückkehren. In Gebieten, die nicht innerhalb der Evakuierungszone liegen, wird Erdreich abgetragen und auf Deponien transportiert, um die dauerhafte Bewohnbarkeit zu gewährleisten.



Anti-Atom-Aktivist Idogawa Katsutaka



Litauen

Eigentlich schon 2020 sollte nach den Plänen der Regierung ein neuer Atomreaktor in Betrieb gehen – so zumindest die Aussagen noch 2011. 2012 ist allerdings ein Referendum gegen den Neubau so ausgefallen: 65% der Litauer_innen votierten gegen die Atomkraft. Nun hofft man auf 2018 und auf Gespräche mit Estland und Lettland. Der Plan, 2020 ein neues Atomkraftwerk zu haben, hält definitiv nicht.

Slowakei

Ebenso verlegt man in Bratislava den Ausbau von Bohunice in die Zukunft. Vielleicht 2025 – und nicht wie gedacht 2020 – wird in Bohunice ein neuer Atomreaktor gebaut werden. Zuerst soll aber eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Der Grund für die Verzögerung: massive Finanzierungsprobleme.

Tschechien

Es sollte ja das große Geschäft werden: Deutschland steigt 2022 endgültig aus der Atomkraft aus und spätestens ab dem Zeitpunkt wollte man massiv Atomstrom nach Deutschland exportieren. Die Rechnung geht allerdings nicht auf: Deutschland hat ein derartiges Überangebot an Strom aus erneuerbaren Energiequellen, dass Tschechien sogar überlegt, die Stromleitungen aus Deutschland zu unterbinden. Der Ausbau von Temelin und Dukovany ist zwar nicht vom Tisch, aber wegen seiner Unfinanzierbarkeit mehr als fraglich, auch wenn nun amerikanische und chinesische Investoren von den Projekten überzeugt werden sollen. 2015 wurde zwar der Ausbau der Atomkraft im nationalen Energieplan festgeschrieben und bis 2025 sollen neue Atomreaktoren in Betrieb sein, aber auch hier gilt: viel Fantastereien.

Rumänien

2011 wusste man nur, dass man zu den zwei Atomreaktoren am Standort Cernavoda zwei weitere Atomreaktoren dazu bauen will, wer das allerdings finanzieren soll, war unklar. Im Herbst 2015 wurde mit chinesischen Investoren eine Absichtserklärung unterzeichnet, dass man den Ausbau finanziell unterstützt. Konkretes Datum für den Bau gibt es aber keines.

Bulgarien

Der Nachbar Rumäniens, Bulgarien, hat mit einer solchen Absichtserklärung ziemlich drauf gezahlt. Die russischen Investoren haben in einem Gerichtsurteil 550 Millionen Euro zugesprochen bekommen,

weil Bulgarien beim Ausbau des Atomkraftwerks Belene einen Rückzieher gemacht hat und der russische Atomkonzern Rosatom durch die Finger schaute.

Finnland

Und auch in Finnland streitet man ums Geld, und zwar TVO, der finnische Kraftwerksbetreiber und AREVA, der französische Kraftwerksbauer. Grund ist die Verdreifachung der Projektkosten für den Atomreaktor Olkiluoto-3 von 3,3 Milliarden Euro auf 10,5 Milliarden Euro. Ob der Reaktor 2018 tatsächlich Strom liefern wird, ist ungewiss, wie wohl auch die Pläne für weitere drei geplante finnische Atomreaktoren.





Niederlande

2011 wurde angekündigt, zum einzigen Atomreaktor in Borssele einen zweiten dazubauen zu wollen. 2012 wurde der Plan schon wieder aufgegeben. Grund dafür: die niedrigen Strompreise, schlechtes Investitionsklima für die nötigen Milliardenausgaben.

Polen

2010 hat die polnische Regierung den Bau eines Atomreaktors beschlossen, 2016 sollte Baubeginn sein. Nur: Bis dato ist dieser Baubeginn nicht erfolgt.

Slowenien

2008 hieß es, dass 2017 ein neuer Atomreaktor in Slowenien in Betrieb gehen soll. Auch danach wurde immer wieder über den Ausbau des Atomkraftwerks Krsko spekuliert. Fakt ist: Außer Ankündigungen gibt es nichts. Wahrscheinlich ist, dass die Laufzeit verlängert wird – ungeachtet dessen, dass Krsko in einem Erdbebengebiet liegt und somit keine Entwarnung gegeben werden kann.

Frankreich

Auch wenn die Zustimmung zur Atomkraft bei den Franzosen und Französischen ungebrochen ist: Dem Atomkonzern EDF geht es finanziell sehr schlecht. Und der Kraftwerkspark der Franzosen ist marod und braucht in den nächsten Jahren 10 Jahren 55 Milliarden Euro für die Sanierung. Das behaupten nicht atomkraftkritische Gruppen, sondern EDF selber. Der Kraftwerksbauer AREVA ist wegen der finanziellen Streitereien um das finnische Olkiluoto in Bedrängnis. 2015 brauchte AREVA eine staatliche Kapitalspritze von 5 Milliarden Euro und heuer wurde bekannt, dass AREVA in zwei Gesellschaften aufgespalten wird und eine davon zu einem Drittel verkauft werden soll. Eine atomare Erfolgsstory schaut wahrlich anders aus. Ein weiterer Neubau eines Atomreaktors unter diesen Vorzeichen scheint völlig illusorisch.

Ungarn

2011 hat Ungarn angekündigt, weitere zwei Atomreaktoren bauen zu wollen. Im Sommer 2016 finden die ersten öffentlichen Anhörungen dazu statt. Nur: Wie die Finanzierung aussieht? Völlig offen. Ursprünglich war geplant, dass der russische Atomkonzern Rosatom die neuen Atomreaktoren bauen und finanzieren wird. In Budapest ist man aber in der Zwischenzeit draufgekommen, dass es vielleicht günstiger ist, sich die nötigen Finanzmittel am freien Kapitalmarkt zu organisieren. Ob damit dann auch andere Anbieter ins Spiel kommen und überhaupt eine komplett neue Ausschreibung – die es wegen des Exklusivangebots von Rosatom im Übrigen gar nicht gegeben hat – wird sich zeigen.

Belgien – Die Nachbarn rüsten für den Super-GAU

Es ist erschreckend: Offenbar ist das letzte Vertrauen in die Atomkraft in Belgien selbst und auch im deutschen Bundesland Nordrhein-

Westfalen dahin, wenn es um die Sicherheit der belgischen Atomreaktoren an den Standorten Doel und Tihange geht, denn im 100 km Umkreis um die Atomkraftwerke in Belgien und in der Region Aachen in Nordrhein-Westfalen soll die Bevölkerung mit Kaliumjodid-Tabletten versorgt werden, die im Fall eines Super-GAUs die Aufnahme von radioaktivem Jod in die Schilddrüse verhindern soll. Warum diese Reaktion? Spätestens seit 2015 ist klar, dass die belgischen Atomreaktoren ein massives Sicherheitsrisiko darstellen. Wenn es nach dem Atomausstiegs-Beschluss aus dem Jahr 2003 gehen würde, wären 3 von 7 belgischen Atomreaktoren schon außer Betrieb. Aber – ähnlich wie in Schweden – wurde der Atomausstieg 2009 (also 6 Jahre nach dem Ausstiegsbeschluss) wieder rückgängig gemacht. Tausende Risse wurden in den Reaktordruckgefäßen festgestellt, also an Teilen des Atomkraftwerks an denen alles absolut dicht sein muss. Absolut dicht. Und Risse in den Reaktordruckgefäßen sind ein Indiz dafür, dass möglicherweise dieses Reaktordruckgefäß dem hohen Druck im Inneren nicht standhält, das Reaktordruckgefäß Leck schlägt und radioaktive Spaltprodukte in die Umwelt gelangen – ein massiver Störfall bis hin zum Super-GAU könnten die Folge davon sein.

Luxemburg – Geld für die Abschaltung von Cattenom

Weil man nicht wollte, dass Luxemburg bei einem Super-GAU im französischen Atomkraftwerk Cattenom von der Landkarte verschwindet, hat der luxemburgische Ministerpräsident seinem französischen Amtskollegen im Frühjahr 2016 angeboten, für die frühzeitige Abschaltung zu zahlen: Widerstand gegen die Atomkraft auf allen Ebenen.



und nicht die notwendigen Ersatzkapazitäten produziert werden konnten, blieben auch alle Atomreaktoren an den Standorten Forsmark, Ringhals und Oskarshamn weiter in Betrieb. Lediglich die Atomreaktoren in Barsebäck wurden – zur großen Erleichterung von Dänemark, das sich durch die Atomreaktoren massiv bedroht fühlte – stillgelegt.

2009 argumentierte die konservative Regierung nun unverhohlen mit dem Argument der Klimaretung durch die Atomkraft und setzte auch das Neubauverbot von Atomreaktoren außer Kraft. Damit war der Volksentscheid von 1980 gegen Atomkraft endgültig Geschichte. Die Atomreaktoren sollten nach einem umfassenden Investitionsprogramm 60 bis 70 Jahre in Betrieb bleiben. Immerhin konnte die grün-rote Regierung durchsetzen, dass Atomstrom extra besteuert und damit verteuert wurde.

Doch auch diese extra Besteuerung ist nun – 2016 – schon wieder abgeschafft. Der Atomindustrie – auch der schwedischen – geht es schlecht und die zusätzliche Steuerlast ist eine nicht länger hinnehmbare Belastung. Die aktuelle schwedische rot-grüne Minderheitsregierung hat nun gemeinsam mit der konservativen Opposition diese Steuern wieder abgeschafft und damit der Atomlobby ein wenig Luft verschafft. Schweden hat zwar gleichzeitig mit der Abschaffung der Atomsteuer auch dafür gestimmt, dass ab dem Jahr 2040 Schweden der Strom zu 100% aus erneuerbaren Quellen stammen soll, aber falls zu dem Zeitpunkt noch Atomkraftwerke in Betrieb sind (wovon wohl auszugehen ist), dann dürfen diese auch weiter laufen ... 100% erneuerbare Energie und Atomkraft soviel eben da ist ... Ein klares Energiekonzept schaut anders aus und die schwedischen Regierungen setzen fort, was sie seit 1980 – nach dem Nein der Bevölkerung zu Atomkraft – gemacht haben: Sie suchen und finden Wege, die Atomkraft zu fördern.

Schweden – Ja / Nein / Ja / Nein ...

Wer sich mit der Atomkraft in Schweden auseinandersetzt, wird sich wundern. Kein Land hat derart oft die „Fronten“ gewechselt und kein Land scheint sich einfach nicht entscheiden zu können, für oder gegen Atomkraft. Und was Schweden auch zeigt: Ein Volksentscheid ist nicht unbedingt sooo bindend ...

Die ersten Atomreaktoren gingen in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts in der allgemeinen Atomeuphorie in Betrieb. Aber bereits 1980 haben die Schweden in einer Volksabstimmung den

damals regierenden Sozialdemokraten einen ersten Strich durch ihre Atombefürwortung gezogen. Die Schweden votierten für den Ausstieg aus der Atomkraft. Was folgte war ein Kompromiss: Die Atomkraftwerke sollten bis 2010 abgeschaltet werden.

Tatsächlich ist das aber nicht passiert. 2002 musste die sozialdemokratische Regierung leider eingestehen, dass ein Ausstieg bis 2010 nicht möglich sei – offenbar hatte man das gar nicht wirklich vor, ansonsten wären wohl entsprechende Schritte eingeleitet und Maßnahmen gesetzt worden. Und weil diese Maßnahmen ausblieben

Nuclear Energy Conference 2017

Bereits zum vierten Mal findet im April 2017 die Nuclear Energy Conference NEC statt, und zwar (wie schon 2015) wieder in Linz.

Im Linzer Schloss werden am 25. April ausgewiesene Expert_innen referieren und den Blick auf EURATOM, die europäische Atomgemeinschaft, lenken.

2017 ist ein besonderes Jahr: EURATOM wird 60 und damit auch die Förderung der Atomindustrie. EURATOM ist ein Stolperstein für den europäischen Atomausstieg und damit ein Hindernis für ein atomkraftfreies Europa. 60 Jahre nach der Gründung von EURATOM ist es hoch an der Zeit, den EURATOM-Vertrag aufzulösen/ abzuschaffen, oder zumindest einer gründlichen und seit Jahren geforderten Reform zu unterziehen.

Bei der Konferenz werden sich internationale Expert_innen mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

EURATOM-Mythos – Ist die Sicherheit von Atomkraftwerken in EURATOM überhaupt geregelt?

EURATOM-Reform – Utopie oder Vision?

EURATOM – Warum Deutschland aus EURATOM aussteigen soll.

EURATOM-Ausstieg – Rechtliche Möglichkeiten.

EURATOM-Kampagnen – Ein historischer Überblick über die EURATOM-Kampagnen in Österreich.

Merken Sie sich schon heute den Termin vor:

25. April 2017 –

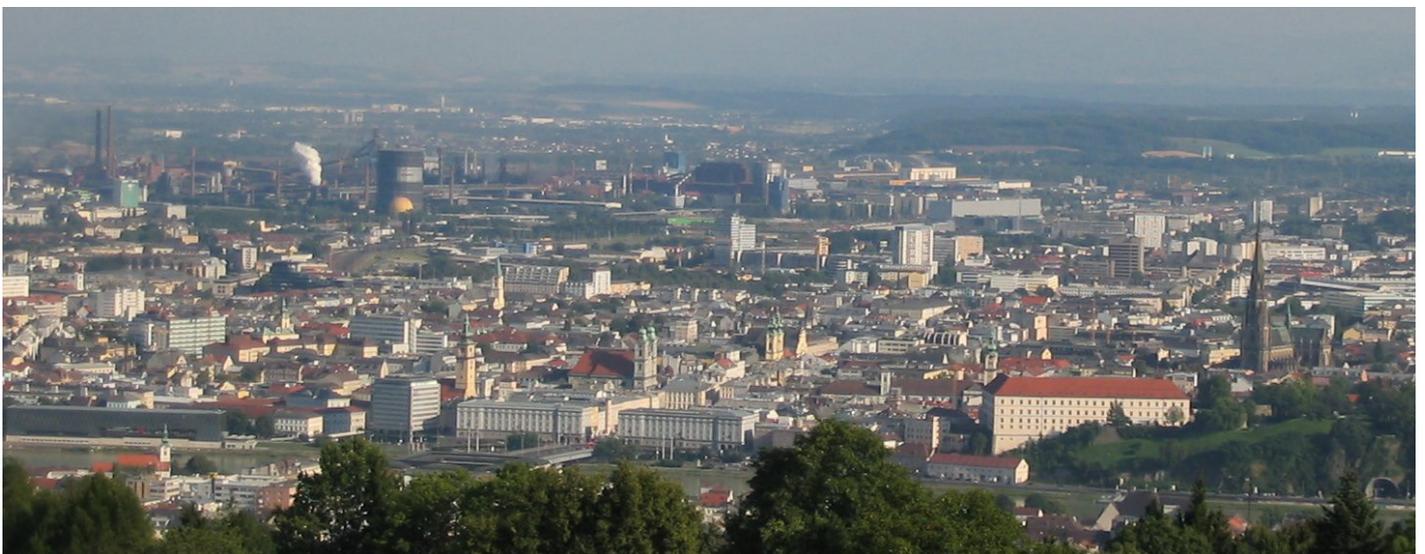
Beginn: 9 Uhr

Ende: 17 Uhr

Ort: Schloss Linz

Eine gesonderte Einladung erfolgt noch persönlich an die Mitglieder und Spender_innen des Vereins im Frühjahr 2017.

Weitere Informationen zum Programmablauf, zu den Referent_innen und Themen finden Sie außerdem ab sofort auf www.nec2017.eu.



Landeshauptstadt Linz

[Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/Linz#/media/File:Linz_Donau.jpg]

Spenden absetzbar! Auf Ihre Spende kommt es an!

Der Verein atomstopp_atomkraftfrei leben! ist seit Dezember 2007 berechtigt, das Spendengütesiegel zu führen. Damit haben Sie als Spender_in des Vereins die geprüfte Garantie des sorgsamem Umgangs mit Spendengeldern. Jährlich wird die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des Vereins von einer unabhängigen Wirtschaftsprüferin kontrolliert und die Verwendung der Spenden kritisch hinterfragt. Damit können Sie sicher sein:
IHRE SPENDE KOMMT AN!



Spenden an atomstopp sind steuerlich absetzbar.

Holen Sie sich Ihre Spende vom Finanzamt zurück!

**atomstopp_atomkraftfrei leben!
ist eine spendenbegünstigte Umweltschutzorganisation mit der Registrierungsnummer NT 2301.**

Spenden, die Sie bis 31.12.2016 tätigen, können Sie bei der Arbeitnehmerveranlagung oder Einkommenssteuererklärung als Sonderausgabe geltend machen!

Ab 2017 gilt die Spendenabsetzbarkeit NEU, die etliche Neuerungen mit sich bringt. Wir werden Sie am Laufenden halten, ob und wie atomstopp diese Änderungen umsetzt.

Finanzen 2015

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes erstellt.

Der Jahresabschluss liegt im Vereinsbüro zur Einsichtnahme auf.

Eine detaillierte Aufstellung der Finanzdaten (Mittelherkunft und Mittelverwendung) ist auf der Internetseite des Vereins veröffentlicht:
www.atomkraftfrei-leben.at

Ein herzliches Danke!

Der Name scheint für die EU-Kommission Programm zu sein, und zwar wenn es um ihre Sicht auf die Zukunft der Atomkraft in der Europäischen Union geht. PINC steht für Nuclear Illustrative Programme und entsprechend den Vorgaben des EURATOM-Vertrags Artikel 40 veröffentlicht die EU-Kommission in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen einen Ausblick auf die Entwicklung der Atomenergie in der Europäischen Union.

Das PINC 2016 – veröffentlicht Anfang April 2016 – zeigt Erstaunliches: Die EU-Kommission räumt ein, dass es schwierig ist, neue Atomreaktoren zu bauen, aber keine Rede davon, dass die Atomkraft wirtschaftlich am Boden liegt und nur über massive Subventionen noch überlebensfähig scheint. Man erkennt auch nicht an, dass die Kosten für die Atomkraft immer weiter steigen. Im Gegenteil: Man fantasiert, dass diese Kosten wieder sinken werden ... irgendwann. Die Kosten für die Laufzeitverlängerungen und die damit zusammenhängenden Sicherheitsnachrüstungen werden völlig unterschätzt.

Die EU-Kommission schätzt die Kosten für den Neubau eines Atomreaktors mit 4000 € bis 5400 € pro kW installierter Leistung und negiert damit, dass tatsächlich für Hinkley Point C in Großbritannien mit 6800 € und für Flamanville in Frankreich mit 6300 € gerechnet wird.

Kein Wort auch darüber, dass ITER – ein Forschungsreaktor für die Kernfusion – Milliarden um Milliarden Euro verschlingt.



Immerhin musste 2016 eingeräumt werden, dass weitere 4 Milliarden Euro an Kosten anfallen werden. Kein Wort findet sich im PINC 2016, dass seit der letzten Veröffentlichung eines PINC im Jahr 2008 die Atomkraft massiv gegen die erneuerbaren Energien verloren hat. Kein einziger neuer Reaktor wurde zudem seit 2008 in Europa in Betrieb genommen, dafür aber 21 außer Betrieb gesetzt! Stattdessen ergeht sich die EU-Kommission in optimistischen Annahmen, bis 2050 die Nuklearkapazitäten in der Europäischen Union halten zu können. Schaffen will sie das, indem jedes Jahr von jetzt an 2 bis 3 neue Atomreaktoren in Betrieb gehen. Tatsächlich gehen aber nur alle 10 Jahre 2 bis 3 neue Atomreaktoren in Betrieb – also ein Zehntel der Atomfantasien der EU-Kommission.

Die nötige Sicherheitsfrage aufgrund der anstehenden Laufzeitverlängerungen der bestehenden Atomreaktoren wird viel zu lasch und die unterschiedlichen Regelungen im Bereich der Atomhaftung gar nicht behandelt. Und auch die Kosten für den Abriss der Atomkraftwerke und für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle werden unterschätzt, zum Wohle der Atomkonzerne und zum Nachteil der Allgemeinheit. Das PINC 2016 erscheint als sehr rosarot eingefärbt und fern der Realität.

Im Mai 2016 machte die EU-Kommission schon wieder Negativschlagzeilen mit ihrer betont atomfreundlichen Haltung. Ein an die Medien gespieltes Strategiepapier zeigte, dass die EU-Kommission plant, Atomkraftwerke in Zukunft massiv zu fördern, auch um die Technologievorherrschaft Europas im Bereich der Atomkraft zu erhalten. Die EU-Mitgliedstaaten wurden aufgerufen, stärker zusammenzuarbeiten und die für Investitionen nötigen Gelder sollten auch aus diversen Fonds und Forschungsprogrammen der EU kommen.

Der Aufschrei – vor allem in Deutschland – war unüberhörbar und die EU-Kommission sah sich genötigt zu betonen, dass es sich um ein nicht ausverhandeltes Strategiepapier handle.

Klar ist aber: Die EU-Kommission setzt sich immer wieder unverhohlen für die Atomkraft ein und macht sich damit zur Fürsprecherin für eine Technologie, die wirtschaftlich am Ende ist. Von den Umwelt-

auswirkungen und nachhaltigen Folgen für Generationen und Generationen ganz zu schweigen. Angesichts dieser ständigen Vorstöße der EU-Kommission stellt sich auch immer wieder die Frage: Warum ist Österreich Mitglied beim Atomförderverein EURATOM? Und warum zahlen wir alle diesen atomaren Irrsinn mit?



Atomium in Brüssel – Symbol für die Atomeuphorie in den 1950er-Jahren

Tschechische Possenreißerei – in der Hauptrolle: ein Industrieminister, der verblüfft

Was man nicht für möglich halten würde, ist Mitte Juli tatsächlich eingetreten: Der tschechische Industrieminister Mladek – mitverantwortlich für die Suche nach einem sicheren Endlager für die hochradioaktiven Abfälle – meinte lapidar, dass er sich nicht vorstellen kann, dass das Endlager in einer Gemeinde errichtet wird, die sich klar dagegen ausspricht und die den Staat wegen der Errichtung verklagt – kurzum: die den Abfall

dieser Meinung ist er im Übrigen ganz auf der Linie von Dana Drabova, der Leiterin der tschechischen Atomaufsicht, die einmal meinte, der Widerstand in den Gemeinden gegen die Errichtung der atomaren Endlager hätte seine Grenzen, weil es ja um nationale Interessen ginge, und so „kleine“ Gemeinden nicht so „wichtige“ Vorhaben, wie die Endlagerung auf unabsehbar lange Zeit, torpedieren dürften.

Der Industrieminister ruderte also zurück und relativierte: Wenn die beiden von ihm „vorab ausgewählten“ Standorte geologisch nicht geeignet seien, würde man natür-

nur bedingt zu trauen ist und die fünf anderen potenziellen Endlagerstandorte sich nur in vager Hoffnung und Sicherheit wiegen können, dass bei ihnen kein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle entsteht, zeigt ein Blick in die Vergangenheit: Mit jedem neuen tschechischen Industrieminister änderte sich das Konzept im Umgang mit hochradioaktivem Abfall, ohne darauf Bedacht zu nehmen, dass eine geologisch gesicherte Lagerung auf eine Million Jahre gewährleistet sein muss.

Kravi hora – geologisch nicht geeignet

Eine österreichische Studie zeigte allerdings schon im Jahr 2013: Kravi hora ist geologisch nicht geeignet und der Standort wurde ganz offensichtlich nicht unter geologischen Gesichtspunkten ausgewählt. 2025 soll jedoch ein definitiver Standort feststehen und bis 2065 ein Endlager errichtet werden.

Zum Standort Magdalena zählen etwa die Dörfer: Jistebnice, Nadejkov und Bozetice), zum Standort Hrádek (Rohozna, Novy Rychnov, Milicov, Hojkov, Cejle, Dolní Cerekev) in Südböhmen und zum Standort Brezovy potok (Chanovice, Velky Bor, Pacejov, Manovice, Olsany und Kvasovice) im Bezirk Pilsen.

Allsommerlicher Protestmarsch – sehr gute Stimmung in Pacejov/Manovice

Die Äußerungen des Industrieministers zeigte der betroffenen Bevölkerung an den Standorten aber auch eines ganz klar: Ihr Widerstand wird wahrgenommen, gesehen, ernst genommen und er zahlt sich aus, wenn vielleicht auch nur kurzfristig, aber immerhin. Und es war regelrecht zu spüren, beim allsommerlichen Pro-



Edvard Sequens – führender Aktivist gegen die tschechischen Atommülllager mit Gabi Schweiger und Roland Egger

nicht will und sich zu wehren weiß.

Von den sieben noch zur Debatte stehenden Standorten reduzierte er damit die Anzahl gleich auf zwei – nämlich auf zwei Standorte (in der Nähe des Atomkraftwerks Dukovany), und zwar auf Kravi hora (Kreis Zdra) und Horka (Kreis Vysocina).

Das führte nicht nur bei den beiden Standorten umgehend zu Protesten, sondern rief auch Umweltminister Babis auf den Plan. Für diesen war es nicht einleuchtend, warum der Industrieminister die anderen Gemeinden ausschloss. Mit

lich auch auf die anderen Standorte zurückkommen.

Tschechische Umweltorganisationen wunderten sich zurecht über die Ankündigung des Industrieministers Mladek. Zwei Standorte freuten sich naturgemäß über die verblüffende Äußerung. Aber: verblüffend und Bluff, liegen sprachlich sehr nahe beieinander. Und das wissen wohl auch die tschechischen Umweltorganisationen sehr gut.

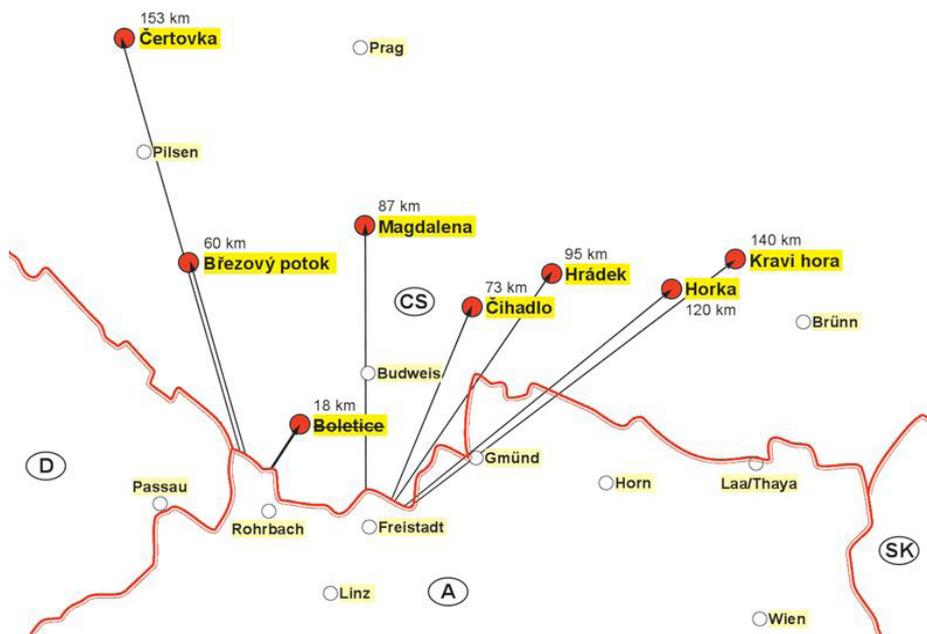
Dass den Ankündigungen des jetzigen Industrieministers allerdings

testmarsch vom Bahnhof Patejov auf die Drachenwiese in Manovice, der Aufbruch und die Freude der Leute, die immerhin schon das 13. Mal einen solchen allsommerlichen Protestmarsch mitgemacht haben. Mehr als 230 Leute waren wiederum dabei. atomstopp beteiligte sich ebenfalls wieder – auch schon das sechste Mal mit dabei.

Willkommen in Absurdistan!

Es ist selbstverständlich, dass wir unseren tschechischen Kolleg_innen und vor allem den bedrohten Bewohner_innen mit der Teilnahme an ihrem allsommerlichen Protestmarsch gegen die Errichtung eines Endlagers für die hochradioaktiven Abfälle unsere Solidarität ausdrücken. Das Problem „Endlagerung“ ist unlösbar! Die Gemeinden in Tschechien wehren sich vehementest dagegen, auch nur als potenzielle Endlagerstandorte geführt zu werden.

Das tut leider den virtuellen Ausbauplänen in Tschechien aber keinen Abbruch. Der Atomkonzern CEZ hat Ende Juli den Antrag auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung



Potenzielle Endlagerstandorte

[Quelle: Land Oberösterreich]

zum Ausbau des Atomkraftwerks Dukovany gestellt. „Willkommen in Absurdistan!“, kann man da nur sagen. Ohne zu wissen, wohin mit dem jetzt schon produzierten Atom-müll, phantasiert man über einen weiteren Ausbau!

Bevor nicht geklärt ist, wo der hochradioaktive Abfall für eine Million Jahre sicher gelagert werden soll, dürfte es logischerweise keine

Betriebsbewilligung für jedweden Atomreaktor geben!

Aber Logik und Atomkraft sind offenbar Begriffe, die ganz und gar nicht zusammengehen.



Ich will wissen ... Ein Bericht von einem Informationsstand

„Was will ich denn wissen?“, meinte der interessierte Mann, der sich über die vorgefertigte Postkarte an Bundeskanzler Kern beugte. Hinter ihm warteten bereits weitere Mesesebesucher der Waldviertler BIOEM, um sich beim atomstopp_Infostand die neuesten Informationen zu holen.

„Die Bundesregierung sagt ja immer, sie tut eh alles gegen die Atomenergie in Europa. Aber was tut sie konkret gegen die nukleare Bedrohung? Das soll uns Bundeskanzler Kern erläutern. Oder auch Außenminister Kurz oder Umweltminister Ruppel. An diese Personen kann man auch Postkarten schreiben.“, erläutere ich gerne.

„Und die werden wirklich antworten?“, ungläubig schaut mich der Mann mit großen Augen an.

„Darauf können Sie sich verlassen. Wir haben alle unsere Mitglieder des Vereins – immerhin fast 1.400 – gebeten, ebenfalls Postkarten zu schreiben und die Rückmeldungen von Mitgliedern sind sehr erfreulich. Viele Mitglieder haben zusätzliche

Postkarten angefordert. Wir können also davon ausgehen, dass unsere Bundesregierung in der letzten Zeit viel Post bekommen hat.“

Amüsiert nickt der Mann.

„Sie können aber auch unsere Unterschriftenliste unterzeichnen. Diese Unterschriften gehen gesammelt an den Bundeskanzler, den Außen- und Umweltminister. Fast 500 Unterschriften gibt es dabei. Wie es Ihnen lieber ist.“

„Nein. Ich will es auch wissen und schicke Postkarten ab, und zwar möchte ich diese Postkarten an alle drei schicken. Ich bin gespannt, was geantwortet wird.“

Nun nicke ich amüsiert.

An der Stelle ein herzliches Danke an den interessierten Mann und an alle Mitglieder des Vereins, die unserem Aufruf gefolgt sind und ebenfalls Postkarten geschickt haben!

Vom Büro von Außenminister Sebastian Kurz kam die folgende Rückmeldung. (Abb. S. 15)

Was ist nun von der Antwort des Außenministers zu halten?

Besonders interessant ist die Aussage, dass **Österreich es nicht zulassen wird, dass der Bau von Kernkraftwerken oder deren Laufzeitverlängerung aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird.**

Genau das passiert nämlich. Und zwar in der Ukraine. Die dortigen Atomkraftwerke sind derart marod, dass sie dringend Sicherheitsnachsicherungen brauchen. Die Ukraine kann diese Nachsicherungen aber nicht finanzieren, also hilft EURATOM und die Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit rund 600 Millionen Euro. Durch diese Mittel ist eine Laufzeitverlängerung möglich. Ohne diese Mittel müsste die Ukraine die Atomreaktoren abstellen.

Weiters heißt es, dass **Österreich gegen direkte und indirekte AKW-Förderungen eintritt.**

Nun: Österreich finanziert über EURATOM natürlich auch die Forschung im Atombereich und damit auch die Entwicklung von neuen Atomreaktoren. Ist das keine AKW-Förderung? Und: Es gibt bis dato keine europaweit einheitliche Haftpflicht für Atomreaktoren. Manche Atomstaaten haften mit weniger als 100 Millionen Euro im Fall eines Super-GAU's. Die Folgen eines Atomunfalls hat also die Allgemeinheit zu tragen. Ein eindeutiger Fall also von indirekter AKW-Förderung.

Schließlich auch das allbekannte und oft wiederholte Argument: **Wenn Österreich aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen würde, würde das bedeuten, dass Österreich sein Mitspracherecht und damit die Möglichkeit verlieren würde, seine nuklearpolitischen Ziele einzubringen.**

Dazu ist Folgendes zu sagen: Wenn Österreich seine Mittel und sein Mitspracherecht einsetzen



würde, gäbe es keine Mittel für die Laufzeitverlängerung der ukrainischen Atomreaktoren, keine Forschungsmittel für neue Atomreaktoren und es gäbe wohl auch mehr Initiativen auf europäischer Ebene, dass es zu einer einheitlichen und dem Gefährdungspotenzial der Atomreaktoren entsprechenden Haftpflichtversicherung kommt.

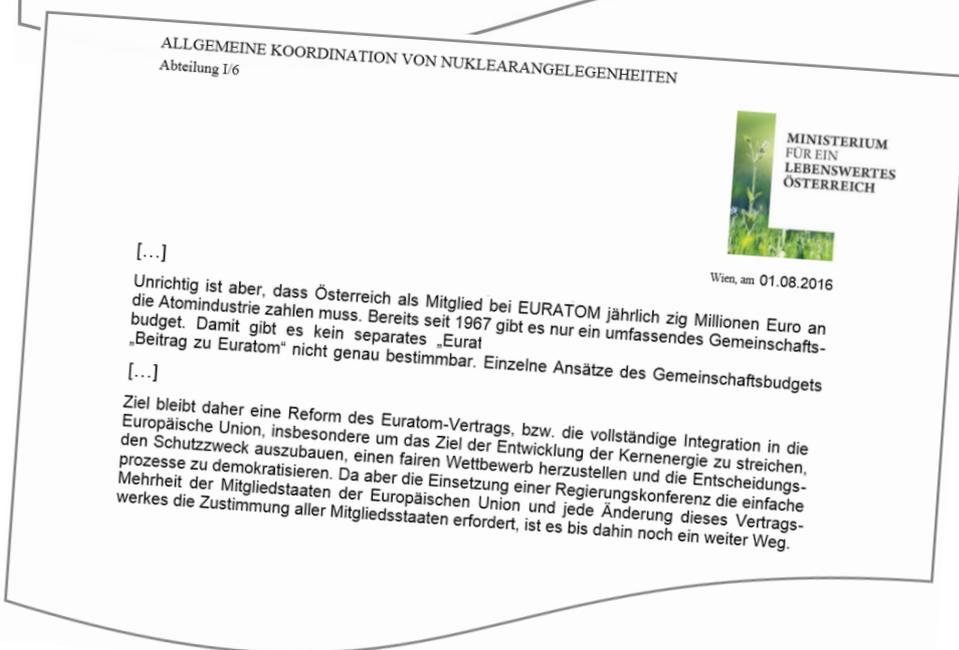
Aus dem Büro vom Umweltminister Ruppreecher gab es ebenfalls eine Antwort (Abb. rechts).

Stutzig macht aber der Satz: **„Unrichtig ist, dass Österreich als Mitglied bei EURATOM jährlich zig Millionen Euro an die Atomindustrie zahlen muss.“**

Es ist unbestritten, dass Österreich als EURATOM-Mitglied die europäische Atomindustrie stützt, etwa über das EURATOM-Forschungsprogramm. Unklar ist nur, in welcher Höhe! Parlamentarische Anfragen dazu brachten keine Klarheit! Dabei ist es wohl unser gutes Recht als Steuerzahler_innen zu erfahren, wofür wie viele Gelder verwendet werden. Wir erachten die Aussage, dass Österreich nicht für die Atomindustrie zahlen muss, als grobe Missinterpretation und erwarten uns eine Klarstellung durch den Umweltminister!

Hinsichtlich der Reform von EURATOM halten wir gerne fest, dass wir den guten Willen anerkennen wollen: Uns fehlt aber in dem Antwortschreiben die Perspektive und auch der konkrete Ansatz, wie man eine Reformkonferenz erreichen will – angesichts der Tatsache, dass man seit Jahrzehnten diese Forderung zwar immer wieder, jedoch mit null Aussicht auf Erfolg erhebt.

Und Antworten von Bundeskanzler Kern?
Bis dato: Fehlanzeige.



Infostand BIOEM Juni 2016

Haben Sie schon gewusst?



Haben Sie gewusst?

Schätzungsweise 253 Milliarden Euro werden für den Abriss der 129 Atomreaktoren in der EU und die Atommüll-Lagerung gebraucht werden, aber erst 52% dieser Summe haben die Betreiber tatsächlich dafür zurückgelegt.

Ohne Laufzeitverlängerungen müssten bis zum Jahr 2030 90% aller europäischen Atomreaktoren stillgelegt werden. Und auch mit

Laufzeitverlängerung: Bis 2050 müssen 90% der Atomkapazitäten ersetzt werden.

Die Kosten für den Neubau von Atomreaktoren haben sich seit Mitte der 70er-Jahre verdreifacht.

Filmtipp: <http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/exclusiv-im-ersten-der-grosse-atom-deal-108.html>

atomstopp_atomkraftfrei leben! ist eine spendenbegünstigte Umweltschutzorganisation mit der Registrierungsnummer NT 2301.

Spenden, die Sie bis 31.12.2016 tätigen, können Sie bei der Arbeitnehmerveranlagung oder Einkommenssteuererklärung als Sonderausgabe geltend machen!

Ab 2017 gilt die Spendenabsetzbarkeit NEU, die etliche Neuerungen mit sich bringt. Wir werden Sie am Laufenden halten, ob und wie atomstopp diese Änderungen umsetzt.

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Auflage: 15.650 Stück

F.d.l.v.: Roland Egger. Texte, Layout, grafische Umsetzung: Roland Egger, Claudia Kothgassner, Fabian Kriechbaum

Fotos: Harald Steinbichl, Bernhard Riepl, Edvard Sequens

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Telefon: 0732 – 77 42 75

www.atomkraftfrei-leben.at / post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank

IBAN AT73 5400 0000 0020 5377

Gedruckt mit Ökostrom bei Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt
atomstopp wird unterstützt durch das Land Oberösterreich und die Landeshauptstadt Linz

